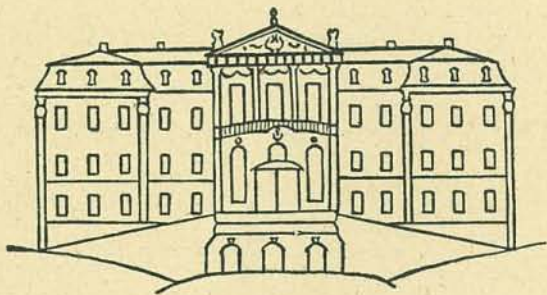


Hefte aus Burgscheidungen

Dipl. oec. Erwin Krubke

„Christliche“ Gewerkschaftspolitik
im Dienst antinationaler und
antisozialer Bestrebungen
der deutschen Großbourgeoisie



72

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Fänsen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Hefte aus Burgscheidungen

Dipl. oec. Erwin Krubke

„Christliche“ Gewerkschaftspolitik im Dienst antinationaler und antisozialer Bestrebungen der deutschen Großbourgeoisie

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	5
Einleitung	7
I. Christliche Gewerkschaften – „staatserhaltend“ und „treu zu Kaiser und Reich“ (Historischer Rückblick)	10
II. „Christliche“ Arbeiterorganisationen zur Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland	15
III. Die Einbeziehung der christlichen Arbeiter in den Kampf gegen die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung – eine nationale Notwendigkeit	27

Vorbemerkung

In der Schriftenreihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschien bisher eine Anzahl bemerkenswerter Publikationen, die sich mit der Adenauer-CDU und ihrer verräterischen Politik gegenüber dem deutschen Volk beschäftigen.

Vorliegende Schrift soll diese Auseinandersetzung mit der antinationalen und antisozialen Adenauer-CDU im Bezug auf ihre Gewerkschaftspolitik ergänzen.

Der Unionsfreundin Ursula Kutzner, Berlin, Mitglied des Hauptvorstandes der CDU und Mitarbeiterin beim FDGB-Bundesvorstand (Kommission für Zusammenarbeit mit christlichen Arbeitern Westdeutschlands), sowie dem Unionsfreund Victor Thiel, Sekretär beim CDU-Bezirksvorstand Erfurt (früherer Zentrumspolitiker), bin ich für die kameradschaftliche Hilfe, die sie mir als Ratgeber bei der Beurteilung vergangener oder gegenwärtiger christlicher Gewerkschaftspolitik erwiesen, dankbar.

Burgscheidungen, im Dezember 1961

Der Verfasser

Einleitung

„Die Geschichte hat vor allem der internationalen Arbeiterklasse eine große Verantwortung für die Verhütung eines neuen Weltkrieges auferlegt.

Die Imperialisten schmieden ein Komplott und vereinigen sich, um einen Kernkrieg zu entfesseln. Die internationale Arbeiterklasse muß ihre Reihen fester schließen, um die Menschheit vor der Katastrophe eines neuen Weltkrieges zu retten. Keine politischen, religiösen oder sonstigen Differenzen dürfen den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr verhindern.

Nun ist die Stunde gekommen, den Kräften des Krieges den mächtigen Willen und die Aktionseinheit aller Kolonnen und Organisationen des Weltproletariats entgegenzustellen und alle seine Kräfte zu einen, um den Krieg abzuwenden und den Frieden zu erhalten!“

Diese bedeutsamen Worte aus der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 münden in den Ruf an die ganze Arbeiterklasse, an die Gewerkschaften, die Genossenschaften, Frauen- und Jugendbünde und -organisationen, an alle Werktätigen, „unabhängig von ihren politischen und religiösen Überzeugungen durch Massenkampf allen Aggressionsakten der Imperialisten eine entschiedene Abfuhr zu erteilen“.

Dieser Appell ist für die christlichen Arbeiter in aller Welt, besonders aber im Staate der aggressiven deutschen Monopollen, von großer Aktualität.

Die deutsche Arbeiterklasse hat im Verlaufe der Geschichte wiederholt die Folgen des nicht einheitlichen Handelns im Kampf gegen die reaktionäre Innen- und Außenpolitik des Großkapitals zu spüren bekommen. Das Schicksal der von der sozialdemokratischen Führung z. B. im Kampf gegen den Faschismus verratenen Arbeiterklasse ereilte nicht nur die Kommunisten, sondern ebenso hart und unerbittlich die Sozialdemokraten und christlichen Arbeiter. Und nicht nur die Arbeiterklasse! Große Teile der werktätigen Bauernschaft und des Kleinbürgertums wurden Opfer der faschistischen Raubpolitik im eigenen Lande und außerhalb des deutschen Territoriums.

Die Erfahrungen aus der Geschichte und die gegenwärtige klerikal-militaristische und neofaschistische Politik des internationalen und deutschen Monopolkapitals zwingen uns, immer wieder zu mahnen und zu erläutern, daß imperia-

listische Aufrüstung und Militarisierung der Volkswirtschaft in Wahrheit der dem Großkapital eigene Zug zu noch stärkerer Unterjochung und Knechtung aller Werktätigen sind.

So kann auch nicht der katholische oder evangelische Arbeiter etwa Seite an Seite mit den deutschen Monopolherren und alten Faschisten gegen die aggressive NATO-Politik und die damit verbundene „soziale Demontage“ kämpfen, sondern nur im engen Kampfbündnis mit seinen deutschen, französischen, belgischen, italienischen, japanischen und allen anderen Arbeitern der ganzen Welt ist er imstande, die historische Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Diese historische Mission besteht darin, „bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen“¹⁾.

Seit den Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist die allgemeine Krise des Kapitalismus, seine permanente ökonomische, politische und ideologische Erschütterung und Fäulnis für jedermann sichtbar. Mit der kraftvollen und erfolgreichen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und dem Zerfall des Kolonialsystems zeichnet sich das Ende der Monopolherrschaft in allen Ländern immer deutlicher ab.

Das Monopol ist bekanntlich ökonomisches, politisches und ideologisches Herrschaftsverhältnis; ein Monopol ist nur funktionsfähig, wenn es gleichermaßen die Rohstoffquellen und den Markt beherrscht. Das ist jedoch nur möglich, wenn das Monopolkapital die Arbeiterklasse ausbeuten kann. Um sein Herrschaftsverhältnis aufrechtzuerhalten, braucht das Monopolkapital eine ihm ergebene Arbeiterklasse.

Die ganze Arbeiterklasse für sich zu gewinnen ist den Monopolkapitalisten objektiv unmöglich. Deshalb wird die einheitliche Arbeiterklasse gespalten. Dazu reichen Gewaltmittel, selbst Bestechung und materielle Interessiertheit einer bevorzugten Schicht allein nicht mehr aus. Folglich bedient sich das Monopol anderer, vor allem ideologischer Mittel. Hierfür findet das Monopolkapital im Kleinbürgertum und in den kleinbürgerlichen Elementen in der Arbeiterklasse einen Nährboden.

In besonderer Weise führt die Großbourgeoisie ihren Kampf gegen die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen. Eine ideologische, politische und organisatorische Einheit der Arbeiterklasse war ihr seit jeher und ist ihr auch heute ein Dorn im Auge. Die wiedererstarkte Großbourgeoisie Westdeutschlands unternahm deshalb alle Anstrengungen, um die noch legalen Arbeiterorganisationen, vor allem den DGB, für ihre Politik der wirtschaftlichen Expansion und Atomaufrüstung zu gewinnen. Sie schuf eine Reihe

1) Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien November 1960, Berlin 1961, S. 40/41

von Organisationen zur Unterwanderung und „Gleichschaltung“ des DGB und zur politischen Lenkung der Arbeiterklasse in Westdeutschland.

Die Großbourgeoisie Westdeutschlands beschritt innerhalb ihres Staates den Weg zur klerikal-faschistischen Diktatur. Unter Mißbrauch der christlichen Lehre und der Kirche spannt sie in zunehmendem Maße den Klerus für ihre Interessen ein, so auch für die politische Lenkung großer Teile der westdeutschen Arbeiterklasse. Mit Hilfe klerikaler „Arbeiter“-Organisationen und „christlicher“ Gewerkschaften soll die „soziale Unruhe“ der Werktätigen, d. h. ihr Widerstand gegen Ausbeutung, Militarisierung der Volkswirtschaft und Kriegspolitik, ausgeschaltet werden.

Was haben aber Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Kolonialismus, Rassenhaß, was haben Rüstung, Kriegsvorbereitung und Kriege mit Christus zu tun? Die christlichen Arbeiter sehnen sich nicht nach einem Krieg. Von seiner Vorbereitung und Durchführung sind ihre soziale Sicherheit und ihr Leben in gleichem Maße bedroht wie das ihrer atheistischen Schwestern und Brüder, und sie unterliegen der profitgierigen monopolistischen Ausbeutung ebenso wie alle übrigen Arbeiter in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten.

Die von der Führung der Adenauer-CDU irreführten christlichen Arbeiter sind nicht gleichzusetzen mit Adenauer, Strauß, Pferdenges und ihresgleichen. Deshalb bleiben wir bemüht, die christlichen Werktätigen in die Kämpfe gegen die atomare Aufrüstung und für die demokratischen und sozialen Rechte des Volkes einzubeziehen. Dieses Bemühen zu unterstützen ist Sinn und Zweck unserer Auseinandersetzung mit dem Schein und der Wirklichkeit „christlich-sozialer“ Gewerkschaftspolitik.

I.

Christliche Gewerkschaften — „staatserhaltend“ und „treu zu Kaiser und Reich“

(Historischer Rückblick)

Die Gründung des „Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ im Jahre 1894 ist der Ausgangspunkt für die Entwicklung der christlichen, interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung.

In den siebziger und achtziger Jahren waren bereits Versuche zur Gründung „christlicher“ Bergarbeiterverbände mit mehr oder weniger gewerkschaftlichem Charakter, mit mehr oder weniger Erfolg und Lebensdauer unternommen worden.

In den politisch rechtsstehenden Kreisen verfolgte man Anfang der neunziger Jahre den Aufschwung der Sozialdemokratie mit großer Besorgnis. Bei den Reichstagswahlen 1893 hatte die Sozialdemokratie besonders im Ruhrgebiet bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die politisch herrschenden Kreise zweifelten nicht daran, daß die unter sozialdemokratischer Führung stehenden Gewerkschaften ihren Teil dazu beigetragen hatten.

Durch Schaffung gewerkschaftlicher Vereinigungen antisozialistischen Charakters wollte man dieser Entwicklung entgegenwirken. Angesichts der Existenz der freigewerkschaftlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbände wollte man jede konfessionelle Zersplitterung überwinden und regte die Bildung christlicher, aber interkonfessioneller Gewerkschaften an. Die unter kirchlichem Einfluß stehenden, bisher weder vom Sozialismus noch vom Liberalismus berührten katholischen wie evangelischen Arbeiter sollten Basis dieser neuen Gewerkschaftsbewegung sein.

Die Gründung solcher „christlichen“ Arbeiterverbände wurde gewöhnlich durch Kreise, die selbst nicht zur Arbeiterklasse gehörten, angeregt und inspiriert. Die Skala der individuellen Triebkräfte reicht vom „christlichen“ Unternehmer über Verleger „christlicher“ Publikationen bis zur niederen Geistlichkeit. Es wurde auch dafür gesorgt, daß in der Arbeiterklasse selbst Stimmen für die Schaffung einer antisozialistischen Gewerkschaft laut wurden.

So interessant die Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften im einzelnen ist, soll im Rahmen dieses Heftes darauf verzichtet werden, diesen Prozeß lückenlos

nachzuzeichnen. Zunächst entstanden verhältnismäßig kleine Gruppen, zersplittert, uneinheitlich in ihren Auffassungen. Im Jahre 1900 kam es zu einem gewissen Abschluß der ersten Entwicklungsperiode mit der Gründung des „Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften“ in Frankfurt/Main.

Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung weisen oft auf den mutigen Kampf christlicher Gewerkschaften gegen Unternehmerwillkür und für soziale Belange der Arbeitnehmer hin. Gewiß hatten die christlichen Gewerkschaften bei ihrer Entwicklung mit zahlreichen Hemmungen zu kämpfen, die ihnen sowohl von staatlicher als auch von kirchlicher Seite beschert wurden. Die von den christlichen Gewerkschaften stets betonte christliche und „vaterländische“ Gesinnung ersparte ihnen nicht Konflikte mit Behörden und Unternehmern. Die Unvollkommenheit bürgerlich-sozialer Ordnung bekamen auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften genügend zu kosten. Von Staats wegen wollte man den christlichen Gewerkschaften keine Steine in den Weg legen; aber man verlangte eine Agitation, die sich „mit den Grundsätzen des preußischen Staates vertrage“. In diesem Sinne äußerte sich 1906 der damalige preußische Handelsminister Dr. Delbrück.

Recht bald lernten die „maßgebenden“ Stellen des Staates die christlichen Gewerkschaften schätzen, vor allem als „Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“. Sichtbares Zeichen wachsender staatlicher Anerkennung war die Berufung des Generalsekretärs des Gesamtverbandes, Stegerwald, ins preußische Herrenhaus. Das war während des ersten Weltkrieges. Nach 1918 aber dachten dann weder Unternehmer noch Behörden daran, die christlichen Gewerkschaften ohne weiteres anzuerkennen. Wo sich die Unternehmer stark genug fühlten, suchten sie ihre Arbeiter ebenso von dem Anschluß an christliche Gewerkschaften fernzuhalten wie von der Organisation in den sozialdemokratischen Verbänden. Die christlichen Gewerkschaften waren für sie nur das kleinere Übel.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hatte auch mit Hemmungen zu kämpfen, die ihr von kirchlicher Seite bereitet wurden. Das erscheint paradox, da es sich doch um „christliche“ Gewerkschaften handelte, die den Schutz und die Wahrung christlicher Gesinnung zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Indessen bleibt zu berücksichtigen, daß es Organisationen waren, die Anhänger beider christlicher Konfessionen vereinigen wollten, weniger aus Prinzip als unter dem Zwang gewerkschaftlicher Notwendigkeiten. Sie konnten schließlich nicht immer umhin, Mittel des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Kapital anzuwenden, wenn sie nicht allzu offensichtlich ihre Mitglieder „vor den Kopf stoßen“ wollten. Die Vertreter der katholischen Sittenlehre standen aber den wirtschaftlichen Maßnahmen der Arbeiter, vor allem dem Streik, bedenklich, ja ablehnend gegenüber.

Die Gefahren des Streiks wurden in den dunkelsten Farben geschildert. Moraltheologen kennzeichneten den Streik als Müßiggang, wirtschaftlich als Stockung der Produktion und Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, gesellschaftlich als Verschärfung des Klassengegensatzes und Steigerung des Klassenhasses. Für viele dieser Moraltheologen war und ist für die Lösung der sozialen Frage die Erziehung der Arbeiter zur Arbeitsamkeit, Genügsamkeit, Sparsamkeit und Bescheidenheit die einzige christlich legitime Methode. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“

Hinzu kam, daß eine Reihe interkonfessioneller Verbände eine geistliche Führung, wie sie sonst in den katholischen Arbeitervereinen üblich waren, ablehnten. Der katholische Klerus war deshalb stets bemüht, im Kampf gegen die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften seinen Führungsanspruch durchzusetzen. Das tat er mit wachsendem Erfolg auf der Grundlage der Enzyklika „Singulari quodam“. In ihr heißt es:

„Was nun Vereinigungen von Arbeitern anlangt, so sind, wenn gleich ihre Aufgabe darin besteht, ihren Mitgliedern irdische Vorteile zu verschaffen, doch am meisten zu billigen und unter allen für den wahren und dauernden Nutzen der Mitglieder als bestgeeignete jene Vereinigungen anzusehen, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als Führerin offen folgen...“

Das war kein Verbot der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften, aber eine moralische Abwertung. Auch von den Instanzen der evangelischen Kirche wurde den christlichen Gewerkschaften nicht nur Förderung und Wohlwollen zuteil. In dem Maße, wie bei der katholischen Geistlichkeit der Führungsanspruch in den christlichen Gewerkschaften wuchs, verstärkte sich das Mißtrauen und die Abneigung der kirchlichen evangelischen Kreise gegen sie. Der konfessionelle Gegensatz hat es zwar nie zu einer haltbaren und bemerkenswerten Einheit der Organisation kommen lassen; er ist aber bedeutungslos hinsichtlich des Zieles und der Wege zum Ziel „christlicher“ Gewerkschaftspolitik.

Ob katholisch oder evangelisch inspirierte Arbeiterpolitik – sie diene, da „wirtschaftsfriedlich“, in letzter Konsequenz den Interessen der Kapitalistenklasse. Man „kämpfte“ gegen die „Alleinherrschaft des Profits“. Aber diesen Kampf wollte man nicht als Klassenkampf führen, und sein Ziel war nicht die Beseitigung des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, nicht eine sozialistische Neuordnung der Wirtschaft.

Die Gesamttätigkeit der christlichen Gewerkschaften ließ sich stets von der bürgerlichen Produktionsfaktorenthorie leiten, wonach Arbeit und Kapital aufeinander angewiesene Faktoren der Produktion sind. Folglich würden beide Teile „mit Recht“ eine größtmögliche Verzinsung beanspruchen, der

Unternehmer die seines Kapitals, der Arbeiter die seiner Produktionskraft. Von hier her kamen die christlichen Gewerkschaften zur Anerkennung gleicher beiderseitiger Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Die christlichen Gewerkschaften verkannten keineswegs die Mängel des kapitalistischen Systems; sie glaubten und glaubten aber, dieses System bessern zu können. Nicht eine Umwandlung der Wirtschaftsordnung, sondern eine Wandlung des „inneren Menschen“, seine Durchdringung mit der christlichen Sittenlehre sei das Entscheidende. Grundsätze der christlichen Sittenlehre fanden jedoch wenig Verfechter in den führenden Gremien der christlichen Gewerkschaften, als es z. B. galt, sich in seiner Treue zu Kaiser und Reich zu beweisen.

„Treue zu Kaiser und Reich“, dieser Satz aus den Statuten des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter wurde kennzeichnend für die ganze „christliche“ Gewerkschaftsarbeit. Zwar gaben die christlichen Gewerkschaften vor, „unpolitisch“ zu sein. Als aber der erste Weltkrieg ausbrach, stellten sich die christlichen Gewerkschaften hinter die Regierung. Mit flammenden Worten riefen sie ihre Anhänger auf, sich in die „Nationale Einheitsfront“ einzureihen. Der Gesamtverband schloß sich ebenso wie die freigewerkschaftliche Generalkommission dem „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ an. Mit großem Propagandaaufwand stärkten sie schließlich den Willen zum „Durchhalten“. Unmittelbar vor dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches, im Oktober 1918, gab eine Ausschußtagung des Gesamtverbandes eine Treueerklärung zur Monarchie ab. Dabei gab man dem Wunsche Ausdruck, daß die Monarchie zu einem wahren „Volkskaiserum“ werden möge.

Die Revolution beendete den Traum von einem Volkskaiserum. Die christlichen Gewerkschaften stellten sich zwar „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“; ein Bekenntnis zur Revolution blieb jedoch aus, da die Revolution „keine rechtmäßige, gesetzliche Grundlage“ besessen habe. Ein stures Festhalten am Alten, was sich so sichtbar als lebensunfähig erwiesen hatte, hätte allerdings die Führung zu schroff in einen Gegensatz zur Mitgliedschaft gebracht. Deshalb verzichtete sie auf eine antirepublikanische Propaganda. In den Mittelpunkt ihrer politischen Forderungen stellte sie den Kampf gegen den Bolschewismus; sie trat auf gegen jeden Eingriff in das Privateigentum und verteidigte die Konfessionsschule.

Auf dem Essener Kongreß 1920 wurde der „christliche“ Staat gefordert. „Christlicher Staat“ bedeutet für uns die grundsätzliche Ablehnung aller Anschauungen, die aus dem rationalistischen und mechanistischen Denken der französischen Aufklärungszeit erwachsen sind“, formulierte auf jenem Kongreß der Generalsekretär Stegerwald in seinem

Referat. Auf demselben Kongreß wurden aber Stimmen laut gegen die starke Betonung des Christentums als Retter aus allen Nöten. Man forderte aus den Mitgliederkreisen eine viel stärkere Betonung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Gesundung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die „christlichen“ Verfechter der Idee von der „Solidarität aller Stände“ waren aber damals wie heute außerstande, erfolgversprechende wirtschaftliche Maßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer durchzusetzen. Der „Christliche Solidarismus“²⁾ wollte mit seiner Verherrlichung neuer „Berufsgemeinschaften“ den „kapitalistischen Geist“ überwinden, verteidigte aber zugleich das Privateigentum an den Produktionsmitteln, jenen ökonomischen Ursprung kapitalistischen Ungeistes. In der Bildung und Erhaltung von Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern sah er eine Verwirklichung seiner „Berufsidee“.

So war es auch nicht verwunderlich, daß die Christlichen Gewerkschaften z.B. weit weniger entschlossen den Achtstudententag verteidigten als die Freien Gewerkschaften. Dort, wo man für eine Sozialisierung eintrat, wollte man es zugleich nicht mit Herrn Stinnes und seinen Freunden verderben. Deshalb stimmte man dem von ihnen vorgeschlagenen System der „Kleinaktien“ zu. Die Geschichte liefert eine Reihe weiterer Beispiele äußerst zwiespältiger und damit letzten Endes der Reaktion dienender Haltung. Die angeführten mögen zur Charakterisierung vergangener „christlicher“ Gewerkschaftspolitik genügen.

Der Weg der Christlichen Gewerkschaften im Weimarer Staat ist eine ernste Mahnung in unsere Zeit. Es kann freilich nicht geleugnet werden, daß es Kreise in den Christlichen Gewerkschaften und ebenso ihnen zugehörige ganze Verbände von Berufsgruppen der Arbeiter gab, die ihre Aufgabe sahen und dem Fortschritt zugewandt waren. Eine große Zahl der in den Christlichen Gewerkschaften Organisierten, insbesondere die Verbände der Angestellten, besorgten aber die Geschäfte der Reaktion.

Die Christlichen Gewerkschaften der Weimarer Zeit waren keine geschlossene Organisation, die von einem gemeinsamen Willen charakterisiert sein mußte. Sie barst jämmerlich auseinander. Hier hat das Wort „christlich“ dazu dienen müssen, den Kitt für die brüchige Nahtstelle in den Christlichen Gewerkschaften zu geben. Zwei Verbände der Christlichen Gewerkschaften, der Reichsverband der Büro- und Behördenangestellten und der Deutsche Handlungsgehilfenverband, waren vor allem Brutstätten reaktionärer Gesinnung und des drohend emporwachsenden Faschismus. Das Gift fraß weiter und rief auch in den anderen Verbänden der Christlichen Gewerkschaften reaktionäre Haltungen hervor.

2) vgl. Heyl, Thiel, Krubke, Börner: „Es gibt keinen dritten Weg“ — Hefte aus Burscheidungen Nr. 40, S. 16–32

Für den in der Verantwortung stehenden christlichen Politiker der Weimarer Zeit ergab sich daher die Notwendigkeit, den eigenen Freunden merkwürdig differenzierte Empfehlungen für die Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation zu geben. Wurde dem einen anheimgestellt, um die Mitgliedschaft in den Christlichen Gewerkschaften nachzusuchen, so mußte dem anderen dringend abgeraten werden. Wer in die Fänge des RdB und des DHV geriet, war auch für eine Politik der Vernunft verloren. Ihn mußte man an die „Rechtsradikalen“ abschreiben, weil er sich in absehbarer Zeit der auf ihn niederprasselnden Propaganda allein doch nicht erwehren konnte.

Wir haben in unserer Deutschen Demokratischen Republik die Folgerungen aus der Weimarer Gewerkschaftsepisode gezogen und eine geschlossene Gewerkschaftsorganisation aufgebaut, in der sich Reaktion und Faschismus, die Todfeinde des um gerechte Ordnung und Frieden kämpfenden Menschen, nicht einnisten können. Die Christlichen Gewerkschaften im Westzonenstaat aber werden zwangsläufig auf denselben Weg gedrängt wie im Weimarer Staat.

II.

„Christliche“ Arbeiterorganisationen zur Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland

Die katholische und evangelische Kirche sind nach 1945 weithin zum Verbündeten des westdeutschen Großbürgertums geworden. Mit allen Mitteln der Demagogie und unter Mißbrauch des christlichen Glaubens wird das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln nach wie vor heilig gesprochen und die kapitalistische Ausbeuterordnung als gottgewollt gepriesen. Zur Verbreitung solcher Unwahrheiten in der Arbeiterklasse bedient sich der politische Klerikalismus besonderer, von ihm beeinflusster „Arbeiterorganisationen“. Mit ihrer Hilfe sollen die Klassenkampforganisationen der westdeutschen Arbeiterklasse geschwächt werden.

Es bestehen in Westdeutschland u. a. die Katholische Arbeiterbewegung (KAB) und die Evangelische Arbeiterbewegung (EAB) mit entsprechenden Jugendorganisationen. Ihr politisches Lenkungsinstrument sind die „Sozialausschüsse der CDU/CSU“. Zur Beeinflussung der Politik des DGB existiert ferner die sogenannte „Christlich-soziale Kollegenschaft“ im DGB. Außerdem schuf sich das deutsche Monopolkapital mit Hilfe der Kirche die „Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (CGD) als Druckmittel für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Das gewerkschaftspolitische Programm der katholischen Arbeiterbewegung, das richtungweisend für ihre Arbeit ist, wurde am 19. Oktober 1957 auf einer Tagung des Verbandsausschusses in Duisburg beschlossen.

Es ist in folgenden 12 Punkten formuliert:

- „1. Die KAB wird alle Maßnahmen der Regierung und des Bundesparlamentes unterstützen, die zur Stärkung eines machtvollen, seine Subsidiarität aber anerkennenden Staates, zur Sicherung der Freiheit und des Friedens führen.
2. Die engere Zusammenarbeit der europäischen und der Staaten der Welt finden die Unterstützung der deutschen und internationalen KAB.
3. Die KAB Westdeutschlands tritt dafür ein, daß dem arbeitenden Menschen sein gerechter Lohn und sein gerechter Anteil am Sozialprodukt gewährt wird, warnt aber nachdrücklich vor immer neu sich anzeigenden Lohn- und Preisspiralen, die die Gefahr der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Inflation in sich bergen.
4. Die alte Forderung der KAB nach Eigentumsschaffung für den Arbeiter wird erneut erhoben, und es wird erwartet, daß sowohl die Sozialpartner als auch das Bundesparlament und die Regierung alle Maßnahmen treffen, um diese eminent wichtige wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Forderung zu verwirklichen.
5. Die noch offenstehenden sozialpolitischen Forderungen, auch die der Mitverantwortung in der Wirtschaft, müssen von der neuen Bundesregierung, vom Bundestag und den Instanzen der Kooperation baldigst erfüllt werden.
6. Die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für eine große Zahl von Betrieben genehmigte ‚Gleitende Arbeitswoche‘, die weitgehend mit wirtschaftlichen Überlegungen begründet wird, wird von der KAB im Sinne der kirchlicherseits geäußerten Bedenken abgelehnt.
7. Den Fragen der Automatisierung und der Freizeitgestaltung wird die KAB ihre besondere Aufmerksamkeit schenken und alles tun, damit diese künftige Entwicklung sich zum Wohle des arbeitenden Menschen auswirkt.
8. Die KAB wird alles tun, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern und eine gesunde Bodenreform zur Beschaffung von Bauland zu ermöglichen.
9. Keineswegs wird sich die KAB darauf beschränken, diese ihre Forderungen nur zu wiederholen und erneut aufzuzeigen. Vielmehr wird ein wissenschaftlicher Beirat der KAB, dem namhafte Fachexperten Deutschlands angehören, in den nächsten Monaten brauchbare Vorschläge ausarbeiten, die dem Parlament, der Regierung und den Sozialpartnern zugeleitet werden.
10. Die KAB erwartet, daß auch die Bundesregierung in ihren zuständigen Ministerien Fachexperten freistellt, die sich in Zusammenarbeit mit uns und den Vertretern des Bundestages gemeinsam um die Lösung der von uns gestellten Forderungen bemühen, deren Erfüllung für unser Volk und seine Zukunft von größter Wichtigkeit sein werden.
11. Die KAB dankt dem deutschen Episkopat für die klaren Weisungen zur Gewerkschaftsfrage in Deutschland. Sie sind nicht nur für unser Vaterland, sondern auch für die künftige Gestaltung Europas und der außereuropäischen Welt von größter Bedeutung.

Der deutsche Episkopat darf versichert sein, daß die KAB jetzt wie ehemals geschlossen bereit ist, den Weisungen ihrer Bischöfe Folge zu leisten.

12. Insbesondere wird die KAB den Weisungen des Hl. Vaters Pius XII. folgen, die er anlässlich der Eröffnung des Laienkongresses im Petersdom zu Rom am 5. Oktober verkündete. Übereinstimmend mit den Forderungen der ‚Rerum novarum‘ Leo XIII. und der ‚Quadragesimo anno‘ verlangt Pius XII. nicht nur eine Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsreform, sondern auch eine ehrliche Gesinnungsreform als Voraussetzung für wirklichen Erfolg. Auch an dieser Gesinnungsreform mitzuwirken wird in den nächsten Jahren die vornehmste und dringlichste Aufgabe, besonders der Bildungsarbeit, der KAB sein.“

(„Ketteler Wacht“ vom 15. 11. 1957)

Mit diesem Programm bekennt sich die KAB eindeutig zum kapitalistischen Staat Westdeutschlands und zu der aggressiven Politik des westdeutschen Monopolkapitals. Ihre eindeutige Stellungnahme für die „Freiheit“ des privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln und für die Ausbeutung der Arbeiterklasse macht all ihre sozialpolitischen Forderungen für die Arbeiter mehr als fragwürdig. Die KAB unterstützt die NATO als den militärischen Zusammenschluß zur Vorbereitung einer Aggression gegen die sozialistischen Staaten. Die Montan-Union und der Gemeinsame Markt, welche Westdeutschland zur wirtschaftlichen Hegemonie in Westeuropa verhalfen, werden befürwortet. Gegen die sozialistischen Staaten, in denen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft wurde und von denen der Friede ausgeht, betreibt die KAB hingegen eine zügellose Hetze.

Die These vom „gerechten Lohn“ ist vom Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, längst widerlegt. Im günstigsten Falle macht der Lohn unter den Bedingungen einer Ausbeuterordnung den jeweiligen Tageswert der Ware Arbeitskraft aus. Daran ändert auch das Verlangen der KAB nach „gerechtem Lohn“ nichts. Im Gegenteil: ihre ideologische Schützenhilfe für das Monopolkapital ermutigt die Monopolisten, den Lohn für die Arbeiter in zunehmendem Maße unter dem Wert der Ware Arbeitskraft zu halten. Diese Differenz zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem tatsächlichen Lohn ist für die Monopole auch in Westdeutschland eine nicht zu unterschätzende Profitquelle.

Mit der vorgeblichen Warnung vor den Folgen einer „Lohn-Preis-Spirale“ will die KAB die Arbeiter von der Erkenntnis ablenken, daß die These von der „Lohn-Preis-Spirale“ eine kapitalistische Zwecklüge ist. Berechtigte Lohnforderungen der Werktätigen müßten keine Preiserhöhungen nach sich ziehen, würden die Monopolkapitalisten auf Teile ihres geradezu ins Unermeßliche steigenden Profits verzichten. Die Preise werden nicht vom Lohn bestimmt, sondern vom Verwertungsbedürfnis des Kapitals.

Auch kapitalistische Wirtschaftskrisen und ihre Folgen hängen nicht ursächlich mit Lohnforderungen der Werktätigen zusammen. Der kapitalistische Grundwiderspruch selbst ist letzten Endes Ursache für die zyklische Wirtschaftskrise, für Arbeitslosigkeit und Inflation. Eine von christlicher Verantwortung getragene Politik darf infolgedessen nicht stehenbleiben bei einer Warnung vor den Gefahren der Wirtschaftskrise, sondern muß dafür eintreten, daß die Quelle dieser Gefahren versiegt.

Das bedeutet in der Praxis, den Kampf gegen das unchristliche Ausbeuter-System mit allen politischen und gewerkschaftlichen Mitteln zu führen. Die KAB macht sich aber mit ihrem Programm zum Vorkämpfer des „Volkskapitalismus“ und proklamiert die Mitverantwortung der Arbeiter. Die Arbeiter sollen schließlich die Verantwortung für die kapitalistische Wirtschaft übernehmen. Das Mitbestimmungsrecht aber bleibt ihnen versagt. Dieses ist auch nicht, wie wir noch sehen werden, mit Hilfe von Kleinaktien zu erreichen. Die proklamierten sozialpolitischen Forderungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die KAB konsequent den Standpunkt der Unternehmer vertritt.

Eine ähnliche Rolle spielt die Evangelische Arbeiterbewegung (EAB). In ihr sind die evangelischen Arbeitervereine und evangelischen Aktionsgruppen für Arbeiterfragen zusammengeschlossen. Sie gehören der evangelischen Arbeiter-Internationale an. Die Zahl der Mitglieder der Evangelischen Arbeiterbewegung in Deutschland wird mit etwa 250 000 angegeben („Der Kurier“ vom 5. Oktober 1953). Die maßgeblichen Vertreter der EAB beziehen ebenfalls einen klassenfeindlichen, reaktionären Standpunkt. Eberhard Müller, ein führender Vertreter der EAB, schrieb im Jahre 1953:

„Jeder denkende Arbeiter weiß heute, daß er bei einer Abschaffung des privaten Unternehmertums anonymen Mächten ausgeliefert würde, unter denen es ihm nicht besser, sondern schlechter geht als in einer privaten Wirtschaftsform, sofern diese durch Gesetze sorgfältig überwacht wird. Auch die Gewerkschaften haben wiederholt erklärt, daß sie die Zusammenarbeit mit der Unternehmerschaft wünschen und ihre größte Bedeutung für die Erzielung des Sozialproduktes anerkennen.

Trotzdem ist die Klassenkampfpraxis noch vielerorts in Flor.

Das hängt einmal damit zusammen, daß die neuen Erkenntnisse noch nicht überall nach unten gedrungen sind.

Es hängt aber vor allem mit dem gefährlichen und unsichtbaren Einfluß zusammen, den die Kommunisten und ihre getarnten Freunde nach wie vor in der Gewerkschaft ausüben.“

(„Welt der Arbeit“ vom 5. 6. 1953)

Korruptierte und materiell bestochene Arbeiter Westdeutschlands mögen noch Müller folgen; jeder denkende Arbeiter aber weiß heute angesichts der ökonomischen Erfolge, der sozialen und kulturellen Errungenschaften der

sozialistischen Länder um die Tatsache, daß ihm allein im Sozialismus dauernde soziale Sicherheit und ständig steigende Wohlfahrt gewährleistet sind. Vor allem natürlich der Arbeiter in den sozialistischen Staaten weiß darum, weil er selbst Eigentümer der Produktionsmittel ist und selbst mit entscheidet, was und wieviel und wofür er produziert.

Es gibt in der sozialistischen Gesellschaft keine anonyme Macht, der der Arbeiter „ausgeliefert“ ist. Als Angehöriger seiner Klasse arbeitet, plant und regiert er selbst im Staate. Anonym im wahrsten Sinne des Wortes ist hingegen das Kapital, sein gesellschaftliches Verhältnis in allen Formen. Typisch für die kapitalistische Eigentumsform von heute ist doch nicht die Personengesellschaft, sondern die anonyme Aktiengesellschaft.

Und wo gibt es den kapitalistischen Staat, dessen Gesetze nicht in erster Linie dazu dienen, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufrechtzuerhalten! Die Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern hat bewiesen, daß sie ohne die Ausbeuterklasse leben, ja besser leben kann. Umgekehrt bleibt aber die Kapitalistenklasse diesen Beweis schuldig. Deshalb ist der Einfluß der Kommunisten „gefährlich“ für die Ausbeuterordnung und ihre Stützen, nicht aber für die Arbeiter, auch nicht für die christlichen Arbeiter.

Ein direktes politisches Organ der Adenauer-CDU sind die „Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“. Die Aufgabe dieser Sozialausschüsse besteht darin, innerhalb der CDU und darüber hinaus gegenüber den breiten Massen der christlichen Arbeiter eine sogenannte „Ventil-Funktion“ wahrzunehmen, d. h. durch Verbreitung demagogischer sozialpolitischer Konzeptionen die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu zerstören und sie von außerparlamentarischen Aktionen abzuhalten bzw. abzulenken.

Zunächst zeigten sich die Sozialausschüsse der CDU arbeiterfreundlich und als Befürworter der Einheitsgewerkschaft. Auf ihrer ersten Tagung im Jahre 1946 in Herne bekannten sie sich in einer Entschliebung ausdrücklich zur Einheitsgewerkschaft. Kaum zwei Jahre später wurde offensichtlich, daß diese Haltung unaufrichtig war. Unternehmer, katholische Arbeitervereine und die Adenauer-CDU führten in geschlossener Front konzentrierte Angriffe gegen die gewerkschaftliche Einheit der Arbeiterklasse. Das politische Instrument dazu waren die Sozialausschüsse der CDU. Unterstützt von den kapitalistischen Staatsorganen, drohten sie ständig, den DGB zu spalten, um ihn auf die Adenauerpolitik festzulegen.

Von besonderem Interesse ist die von den Sozialausschüssen der CDU betriebene Demagogie in der Eigentumsfrage. Mit Hilfe einer „planmäßigen Eigentumbildung“ für die „breiten Schichten“ der Bevölkerung soll angeblich das sozialpolitische

Ideal des „sozialen Rechtsstaates“ in Westdeutschland Erfüllung finden. Die „christlich-demokratische“ Eigentums- politik der Sozialausschüsse orientiert sich dabei im wesent- lichen auf drei „Leitbilder“: das „gesellschaftspolitische“, „wirtschaftspolitische“ und „sozialpolitische“ Leitbild.

Das gesellschaftspolitische Leitbild der als „Leistungsgemeinschaft“ aufgefaßten Gesellschaft ist die „partnerschaftliche Ordnung“, in der jeder einzelne wirtschaftlich mitver- antwortlich und am Ertrag mitbeteiligt sein soll.

Das wirtschaftspolitische Leitbild dieser „Leistungsgesell- schaft“ ist die „soziale Marktwirtschaft“, die im wesentlichen auf dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beruht, welcher angeblich der Anlage des Menschen und dem Bedürfnis des einzelnen nach freier Entfaltung entspricht.

Das sozialpolitische Leitbild dieser „Leistungsgemeinschaft“ soll der „soziale Rechtsstaat mit dem Ziel einer bestmöglichen Existenzsicherung des einzelnen bei einem Minimum an staat- lichen Aufwendungen und staatlichem Dirigismus“³⁾ sein.

Das vorgegebene Ziel der CDU/CSU-Eigentumspolitik ist ein doppeltes:

1. breite „persönliche Eigentumsbildung“ und
2. „Wiedereinsetzung des Eigentums in seine Ordnungsfunktion“.

Beim Versuch, diese Zielstellung zu erreichen, spielt der „Partnerschafts“-Gedanke eine beachtliche Rolle. Der Partner- schaftsgedanke dient aber von jeher der Absicht, den ökonomisch bedingten Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu verdecken; er ist begleitet von der Heiligsprechung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Deshalb wird versucht, den Partnerschaftsgedanken mit solchen Methoden in die Praxis umzusetzen, die den CDU/CSU-Eigentumspoli- tikern geeignet erscheinen, den sozialen Frieden zu sichern. Diese Funktion haben die sogenannten Mitbestimmungsgesetze, das Betriebsverfassungsgesetz sowie die Theorie und Praxis des „Volkskapitalismus“ auszuüben. Damit verbietet alle CDU/CSU-Eigentumspolitik von vornherein, das be- stehende Herrschaftsverhältnis, das ein Ausbeutungsverhält- nis ist, anzutasten.

Eine Reihe von Maßnahmen der Bonner Regierung und der Regierungsparteien sollten den Weg zu einer breiten Streuung des Eigentums über Sparen und Konsumverzicht ebnen. Dazu gehört in erster Linie neben dem Bausparprämienengesetz die Eigenheimbaupolitik. Es ist das Eigenheim, das persönliche Eigentum, das die „ausgleichende Gerechtigkeit“ herbeiführen soll, ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln an- zutasten. Jenes Ausbeutungsverhältnis ist es aber, das auch

3) vgl. Hans Katzer, MdB., „Ziele und Möglichkeiten der Eigen- tumsbildung“, in „Soziale Ordnung“, Christlich-demokratische Blätter der Arbeit, Beilage zu Nr. 1/1960

die Grenzen einer solchen Eigentumsbildung sehr eng zieht. Objektives Ziel der kapitalistischen Produktion ist nicht die Bedürfnisbefriedigung, sondern der Profit. Von seiner Größe hängen die Möglichkeiten der erweiterten Reproduktion des Kapitals ab, seine Höhe entscheidet über die Existenz oder Nichtexistenz des einzelnen Kapitalisten. Folglich geschieht die Umverteilung des in der kapitalistischen Gesellschaft er- arbeiteten Nationaleinkommens stets im Interesse, d. h. zu- gunsten der Kapitalistenklasse. So ist es auch in Westdeutsch- land. Während die Kapitalistenklasse gegenwärtig zwei Teile des Nationaleinkommens erhält, muß sich die Arbeiterklasse mit einem Teil begnügen. Es ist aber nicht mangelnder Spar- wille, sondern die von der Einkommenssituation der Arbeit- nehmerschaft abhängige Sparfähigkeit, die für breite Schich- ten der westdeutschen Bevölkerung nicht ausreicht, um jenes doppelte Ziel „christlich-demokratischer“ Eigentumspolitik zu erreichen. Das Kölner Institut für Selbsthilfe hat auftrags- gemäß die Einkommensverhältnisse in Westdeutschland unter- sucht und folgendes Ergebnis ermittelt:

Nettoeinkommen in DM	Anteil der Haushalts- vorstände	Anteil der Familien
bis unter 150,— DM	4,9 %	2,8 %
150,— bis unter 200,— DM	5,6 %	4,6 %
200,— bis unter 275,— DM	8,5 %	5,6 %
275,— bis unter 375,— DM	18,3 %	11,4 %
375,— bis unter 500,— DM	32,7 %	23,3 %

(Entnommen: „Soziale Ordnung“, Christlich-demokratische Blätter der Arbeit, Beilage zu Nr. 1/1960)

Die Zahlen verdeutlichen, daß mindestens die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung nicht die Möglichkeit hat, durch Sparen zu Vermögen zu kommen. Die finanzielle Vermögens- bildung vollzog und vollzieht sich in Westdeutschland ohne wesentliche Beteiligung der breiten Bevölkerungsschichten. Diese Feststellung wird durch die Tatsache erhärtet, daß die Ersparniszugänge der öffentlichen Sparkassen zu mehr als drei Viertel auf die großen Konten über 3000 DM und knapp ein Viertel auf die kleinen Konten entfallen. Die Untersuchung der Wertpapierdepots vermittelt das gleiche Bild.⁴⁾

Die Chance, durch Selbständigkeit zu Eigentum zu kommen, ist nur für eine sehr kleine Schicht Westdeutschlands ge- geben, wobei für einen nicht geringen Teil die erworbene oder ererbte Selbständigkeit stets gefährdet ist. Über Konsum- verzicht und Sparen zu einem Eigenheim zu kommen, um so wenigstens das „Gefühl der Besitzlosigkeit“ zu überwinden, ist, wie wir feststellten, infolge der ungünstigen Einkommens- lage für die Mehrheit unmöglich.

4) vgl. Katzer, a. a. O.

Eine Gewinnbeteiligung über die „Volksaktie“ (Kleinaktie) hat sich als ebenso ungeeignet erwiesen, Vermögen in Arbeitnehmerhand zu bilden oder die persönliche Sicherheit des einzelnen Arbeitnehmers zu festigen. An der sozialen Struktur der Volksaktienbesitzer wird der Schwindel von der sogenannten Volksaktie deutlich. 1957 hatte in Westdeutschland etwa 1% der in der Industrie Beschäftigten Aktien. Die Zahl der Volksaktienbesitzer ist in der Zwischenzeit nur unwesentlich gestiegen, so daß von „Volksaktie“ keine Rede sein kann.

Ebensowenig haben sich durch die „Volksaktie“ die Eigentumsverhältnisse verändert. Im Gegenteil, der Kapitalismus wurde und wird mit Hilfe der Kleinaktie gestärkt. Man will den Werktätigen einreden, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse durch die Verwandlung allen Kapitals in Volkskapital geändert werden können. In Wirklichkeit ist der Kapitalist infolge ständigen Sinkens des Verwertungsgrades des Kapitals gezwungen, alle möglichen Geldreserven zu erschließen, um die Reproduktion des Kapitals zu sichern. Eine dieser Möglichkeiten ist die „Volks-“ oder „Kleinaktie“, die für den Kapitalisten eine Reihe von Vorteilen aufweist, so z. B. dem Kredit gegenüber.

Der Kredit bietet nur zeitweilige Möglichkeiten, den Betrieb mit Kapital zu versorgen; er muß zurückgezahlt werden. Anders hingegen ist es mit der Kleinaktie. Ihr Besitzer hat nur den Anspruch auf einen Gewinnanteil. Für den Kredit sind Zinsen zu zahlen; für Aktien stehen solche nicht fest, denn die Kapitalgesellschaft kann festlegen, ob und in welcher Höhe Dividenden gezahlt werden. Ferner ergeben sich für die Aktie steuerliche Vorteile. Häufig werden Arbeiteraktien auch für eine gewisse Zeit gesperrt, d. h. die Kleinaktionäre dürfen in dieser Zeit – oder auch für ständig – ihre „Volksaktie“ nicht frei verkaufen, sondern müssen sie ggf. an den Betrieb zurückgeben, also dem Betrieb zum Rückkauf anbieten. Auf diese Art und Weise wollen die Betriebe ihre Arbeiter an ihren Betrieb binden.

So benutzen sie die Kleinaktie als moralisches Druckmittel zur Beherrschung ihrer Arbeiter. Siemens gibt z. B. für gute Leistungen Prämien, die jedoch zum Aktienankauf benutzt werden sollen. So werden Aktien unmittelbar in der Buchhaltung akkumuliert, der Kapitalist braucht sich der Unsicherheit und den Gefahren des Marktes nicht auszusetzen. Im übrigen hat er im „Volksaktionär“ unter Umständen einen willkommenen Streikbrecher.

Jeder Volksaktienbesitzer sollte erkennen, daß das Kapital nach wie vor dem Krisenzyklus unterliegt. Diese Tatsache zwingt vor allen Dingen die Großunternehmer, also die Monopole, infolge ihres hohen Anlagekapitals hoch zu akkumulieren. Das wiederum bedeutet eine verstärkt fallende Tendenz der Profitrate und damit der Dividende. Die Leid-

tragenden sind offensichtlich die Volksaktienbesitzer, deren Aktien ertrag in der Regel nicht mehr als einen 13. Monatslohn ausmacht. Dabei liegt auf der Hand, daß dieser „Ertrag“ im Grunde genommen vorenthaltener Lohn ist.

Der Bundesgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Hans Katzer, gibt zu, daß es mit einer „breiten Streuung des Eigentums“ nicht gelungen ist, eine „ausgewogene gesellschaftliche Ordnung“ herzustellen. Er besinnt sich deshalb auf die „Ordnungs- und Herrschaftsfunktionen“ des Eigentums:

„Zu einer Gesamtkonzeption christlich-demokratischer Eigentums politik gehört ... die Ordnung der Machtverteilung, gehören Vorschläge für die Verwirklichung des machtheilenden Prinzips.“⁵⁾

Die Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum ist jedoch nach Ansicht der CDU/CSU-Eigentums politik nicht geeignet, dieses Prinzip zu verwirklichen. Ein „besseres Instrument“, das „der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft konform ist“, wird empfohlen: „Konsequente Durchführung der Wettbewerbsgleichheit durch einen staatlich gesicherten fairen Wettbewerb.“⁶⁾

Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist aber das politische Machtinstrument in den Händen der ökonomisch herrschenden Klasse. Alle ökonomischen Maßnahmen trifft er im Interesse, d. h. zum Vorteil dieser Klasse. „Fairer Wettbewerb“ ist dort unmöglich, wo das Wolfsgesetz objektiv wirkt. „Fairen Wettbewerb“ fordern die Monopolvertreter, um ungestörter ausbeuten zu können. Welch Irrtum, zu glauben, daß ein staatlich „reguliertes“ Konkurrenzsystem der „sozialen“ oder „freien Marktwirtschaft“ heute noch der gesamten Gesellschaft dienen könnte!

So erweist sich die Eigentums politik der CDU/CSU eindeutig als Versuch, die Arbeiterklasse zu spalten, um das monopolistische Herrschaftsverhältnis zu festigen. Dieser Versuch muß verworfen werden, weil die Einheit der Arbeiterklasse im nationalen Interesse liegt; denn nur die Einheit der Arbeiterklasse garantiert die Lösung der sozialen und der nationalen Frage in Deutschland.

Die Sozialausschüsse maßen sich an, im Namen der christlichen Arbeiter zu sprechen, obwohl sie lediglich die Vertreter der zahlenmäßig unbedeutenden Minderheit christlicher Gewerkschafter sind, die hinter dem Kriegskurs des klerikal-militaristischen westdeutschen Regimes steht. Schamlos wird so das religiöse Bekenntnis vieler Arbeiter für reaktionäre politische Ziele mißbraucht.

Um die Schlüsselpositionen innerhalb des DGB zu besetzen, gründeten die Sozialausschüsse die „Christlich-soziale Kollegenschaft“. Sie ist der fraktionelle

5) Katzer, a. a. O.

6) Katzer, a. a. O.

Zusammenschluß des CDU-Flügels innerhalb des DGB. Die Gründung der „Christlich-sozialen Kollegenschaft“ erfolgte im Dezember 1957 in Mannheim. Das Ziel dieser „Fraktion“ sollte angeblich der „Minderheitenschutz“, die Interessenvertretung der christlichen Minderheit im DGB sein.

In Wirklichkeit war für die Tätigkeit der Kollegenschaft die Weisung der Adenauer-CDU maßgebend, alles zu tun, um die Gewerkschaften von der Volksbewegung „Kampf dem Atomtod“ fernzuhalten und sie im Sinne der militaristischen Aufrüstungspolitik zu beeinflussen. Das wurde auf der 9. Bundestagung des Zentralausschusses der Kollegenschaft deutlich. Das Zentralorgan der KPD, „Freies Volk“, schreibt in seiner Nr. 19 vom Mai 1958 dazu:

„In Mehlem bei Bonn fand am 22. und 23. März 1958 eine Konferenz statt, deren Verlauf zeigte, daß die Mitglieder des DGB alle Ursache haben, äußerst wachsam zu sein. Auf Befehl der Parteileitung der CDU in Bonn war der Zentralausschuß der Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB zusammengetrommelt, um neue Maßnahmen zu beschließen, mit denen es nach dem Willen dieser Fraktionsmacher möglich sein soll, den DGB organisatorisch und ideologisch zu zersetzen, um ihn für die Bonner Atomkriegspolitik reif zu machen. Der Zentralausschuß hatte sich dieses Mal ganz besonders dem persönlichen Adjutanten des früheren Ministerpräsidenten Karl Arnold, Dr. Rainer Barzel, verschrieben. Er genießt bei der CDU-Führung den Ruf eines ausgezeichneten ‚Organisators‘ und wurde deshalb auch dazu ausersehen, jetzt verstärkt in der Zersetzungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften des DGB tätig zu sein.“

Diese Spaltungspolitik fand ihre Krönung in der Gründung der „Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (CGD). Am 27. Juni 1959 trafen sich in Mainz sechzig Delegierte von insgesamt 14 „christlichen“ Arbeiter- und Angestelltenverbänden, um den „Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands“ (CGB) aus der Taufe zu heben.

Nach 1945 hatten viele ehemalige christliche Gewerkschafter die Lehren aus der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse gezogen. Sie wandten sich gegen eine Spaltung der Gewerkschaften aus konfessionellen Gründen und schufen die neuen Gewerkschaften als Industrieverbände. Starke Gewerkschaften waren den Großkapitalisten ein Dorn im Auge. Deshalb versuchten sie, Einfluß auf die Arbeiterorganisationen zu erhalten und diesen Einfluß systematisch auszubauen. Das gelang den westdeutschen Monopolkapitalisten mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften.

Bemerkenswert ist, daß die Gründung der Spaltergewerkschaft zeitlich mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge zusammenfällt. So wie die deutsche Bourgeoisie Zug um Zug zur Wiederbewaffnung und zum Aufbau einer aggressiven Atomkriegsarmee schritt, verstärkte sie ihre Maßnahmen zur Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterklasse. Wichtige

organisatorische Maßnahmen zur Bildung der Spaltergewerkschaft wurden vom katholischen Klerus bereits im Winterhalbjahr 1954/55 getroffen. Der erste organisatorische Zusammenschluß erfolgte im Februar 1955 zur sogenannten „Betriebsaktion Rhein-Ruhr“, mit deren Hilfe die reaktionären Kräfte bei den Betriebsratswahlen stärkere Positionen in den Betriebsräten erringen wollten.

Dieser gescheiterten Aktion folgte die Gründung christlicher Gewerkschaften. Am 30. Oktober 1955 gründeten die Spalter offiziell die „Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ (CGD). Sie betrachtete sich als Nachfolgeorganisation der ehemaligen Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands und wurde eine wichtige Säule im „Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands“.

Dieser neu gegründete Spitzenverband stützt sich auf die christlichen Arbeiterverbände, Angestelltenverbände und die Verbände des öffentlichen Dienstes. Der Bund ist eine interkonfessionelle Vereinigung. Die Hauptorganisationen im CGB sind die „Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (CGD), die „Christlich-Evangelische Deutsche Angestellten-Gewerkschaft“ (CEDAG) und der „Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Öffentlicher Dienste“ (GCÖD). Zu den Zielen des „Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands“ schreibt Dr. Agartz in der „WISO“ Nr. 14/59:

„Die in Mainz verkündeten programmatischen Erklärungen, die dem Vortrag des Vorsitzenden zugrunde lagen, sind selbstverständlich und entsprechen dem Auftrag, nach dem dieser Bund angetreten ist.

Die Forderung nach Miteigentum stand im Vordergrund dieser Erörterungen. Neben der Volksaktie, die propagiert wurde, stand die Forderung des Wohnungsbaus aus den Erträgen der Betriebe. Gerade dieser aus betrieblichen Mitteln zu fördernde Wohnungsbau wird in erster Linie als ‚Eigentumsbildung in Arbeiterhand‘ angesehen. Dagegen werden Verstaatlichungen abgelehnt, erst recht Sozialisierungsmaßnahmen, die angeblich fremdes Eigentum mißachten. Bewußt wurde auch auf dem Mainzer Kongreß der Eigentumsbegriff vernebelt. Radio- und Fernsehgeräte, Kraftwagen, Wohnungseinrichtungen und auch das Eigenheim sind Gebrauchsgüter, deren Anschaffungen und damit deren Eigentum jeder Sozialist zu fördern bestrebt ist. Dieses Eigentum an Gebrauchsgütern hat mit dem Eigentum an Produktionsmitteln, das der Abhängigkeit, der Ausbeutung und der Mehrwertproduktion dient, nicht das geringste zu tun. Nur wer das kapitalistische System bejaht, ist an einer Vermengung der unterschiedlichen Inhalte des Eigentumsbegriffs interessiert.

Sozialpolitische betriebliche Einrichtungen, die der Fürsorge dienen, werden bejaht, weil sie ‚einem guten, das menschliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördernden Betriebsklima dienen‘. Die der katholischen Soziallehre entsprechende, patriarchalisch geführte Betriebsfamilie ist aus diesen erwähnten Formulierungen unschwer zu erkennen. Dieses Familienprinzip ergab sich auch aus den Erklärungen über

die Mitbestimmung und die Lohnpolitik. Die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung habe als „Anteilnahme der Arbeitnehmerschaft an der Entwicklung des Betriebes“ zu gelten, nicht aber als „Postenverteilung für Funktionäre“. Gefordert wurde ferner der familiengerechte Lohn, ein Lohn, der zwar die Arbeit und Leistung des einzelnen berücksichtigt, der aber dennoch dem Familienstand des Arbeiters gerecht werde. Über diesen Lohn hinaus soll eine Ertragsbeteiligung eingeführt werden, die den „Erwerb von Dauervermögen für Arbeitnehmer“ gewährleisten soll. Dieses „Dauervermögen“ soll aber nicht kollektiv verwaltet werden, da sonst der persönliche Charakter dieses Dauervermögens aufgehoben würde. Nach der Satzung bekennt sich der Bund zu den Grundsätzen des Christentums und erstrebt deren Verwirklichung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Er bekennt sich zu den „unveräußerlichen“ Menschenrechten, den verfassungsmäßigen Grundsätzen der Demokratie, zum sozialen Rechtsstaat und zur Völkerverständigung. Er ist parteipolitisch unabhängig. Er lehnt Bindungen an Arbeitgeber und deren Verbände ab. Er bekennt sich zum verfassungsmäßigen Koalitions- und Streikrecht.“

Es muß hinzugefügt werden, daß der CGB den Streik als das letzte Mittel des Arbeitskampfes betrachtet, der „noch das Gemeinwohl zu achten“ hat. — Dieses Programm trägt die Züge der gleichen sozialen Demagogie, wie sie die herrschenden Kreise in Westdeutschland praktizieren. Gelegentliche soziale Forderungen des CGB gehören zur Taktik „christlicher“ Gewerkschaftspolitik, um so die revolutionäre Stimmung der christlichen Werktätigen abzufangen.

Ein Vergleich solcher Ziele des CGB mit den Zielen seiner Gründerorganisationen und seiner politischen Inspiratoren, aber auch der Vergleich mit den christlichen Gewerkschaften vor 1933 läßt die enge geistige Verwandtschaft erkennen. Nach wie vor ist die „christliche“ Gewerkschaftspolitik keine Politik der revolutionären Entscheidung, sondern eine Politik zur Stärkung des großen privat-kapitalistischen Eigentums, zu verschärfter Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das aber widerspricht allen moralischen und ethischen Maßstäben des christlichen Glaubens.

Wohin eine Gewerkschaftspolitik des Praktierens mit den deutschen Monopolherren führt, haben wir sowohl an Beispielen aus der Zeit des Kaiserreiches als auch an Beispielen aus der Zeit der Weimarer Republik dargelegt. Die blinde „Treue zu Kaiser und Reich“ war der Stachel für die Durchhalteparolen im ersten Weltkrieg und damit der Todesstachel für viele Menschen. Die inkonsequente Haltung nach Beendigung des ersten Weltkrieges, die mangelnde Einheit der deutschen Arbeiterklasse half dem deutschen Faschismus den Weg bereiten, der in die Katastrophe des zweiten Weltkrieges führte.

Im Mittelpunkt unserer Epoche steht die Arbeiterklasse. Die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse in der ganzen Welt

wissen um ihre historische Mission, „bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen“. Die deutsche Arbeiterklasse trägt eine besondere Verantwortung, weil vom Boden Deutschlands bereits zwei verheerende Weltkriege ausgingen, die insgesamt fast 60 Millionen Menschen vernichteten. Der Arbeiterklasse Westdeutschlands muß bewußt werden, daß Westdeutschland nach 1945 zum Hauptkriegsherd in Europa geworden ist. Ihn zu beseitigen ist Aufgabe aller demokratischen, aller Friedenskräfte; deren Kampfkraft aber hängt entscheidend von der Einheit der westdeutschen Arbeiterklasse ab.

Eingedenk dieser Tatsache sollten sich die Christlichen Gewerkschafter nicht damit begnügen, gelegentlich mit ihren Klassenbrüdern für soziale Forderungen gemeinsam zu kämpfen. Nur der gemeinsame politische Kampf gegen Imperialismus und Militarismus garantiert letzten Endes auch dem Christen ein menschenwürdiges Leben im Frieden.

III.

Die Einbeziehung der christlichen Arbeiter in den Kampf gegen die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung — eine nationale Notwendigkeit

Der Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland führte ohne Zweifel eine große Anzahl uninteressierter Katholiken und Protestanten zu ihrer Kirche zurück. Das war eine vielerorts feststellbare psychologische Reaktion auf die Enttäuschungen mit dem faschistischen Regime. In Westdeutschland gelangten vor allem die katholische Kirche, später auch die evangelischen Kirchen zu einem entscheidenden gesellschaftlichen Einfluß.

In alle Belange des politischen Lebens mischt sich die Kirche in Westdeutschland heute ein. Sie rechtfertigt z. B. die atomare Aufrüstung, übt Gewissenszwang bei den westdeutschen Wahlen aus und verleitet durch ideologische Beeinflussung viele Arbeiter zu bewußter oder unbewußter Unterstützung der Adenauerschen Kriegspolitik. Dieser Beeinflussung sind im besonderen Maße die Mitglieder der Arbeiterverbände und der Angestelltenverbände im CGB ausgesetzt.

Nach Angaben der Sozialausschüsse der CDU sollen über 60 Prozent der CDU-Wähler aus den Kreisen der Arbeitnehmer kommen. Sie sind nicht gleichzusetzen mit den leitenden Funktionären der CDU, sie sind im allgemeinen der sozialen und politischen Demagogie der CDU-Führung und des Klerus erlegen. Deshalb muß man ihnen in besonderer Weise die Wahrheit über die antinationale und antisoziale Kriegspolitik der Adenauer-CDU verdeutlichen.

Natürlich wird der Kriegskurs nicht offen zugegeben. Die Demagogie in der Eigentumsfrage ist begleitet von der Demagogie

gogie in der nationalen Frage und der demagogischen Anwendung der Begriffe „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“.

Als 1945 die faschistische Diktatur zusammenbrach, erkannten auch breiteste christliche Bevölkerungskreise, daß das deutsche Volk einen neuen Weg gehen und mit der Vergangenheit endgültig brechen müsse. Die evangelische Kirche gab diesem Wunsch nach einer Neubesinnung und Neuorientierung der Christen in ihrem Stuttgarter Schulbekenntnis Ausdruck. Die katholische Kirche tat das gleiche auf der Fuldaer Bischofskonferenz.

Auch die Parteien, die auf christlicher Grundlage entstanden, mußten mit ihrem Programm den Forderungen ihrer präsumptiven Mitglieder entsprechen. So bekannten sich sowohl die CDU in der damaligen sowjetischen Besatzungszone in ihrem Berliner Gründungsauftrag als auch die CDU in Nordrhein-Westfalen in ihren Kölner Leitsätzen zur Abkehr von der verbrecherischen Ideologie des Faschismus im Sinne der christlichen Widerstandskämpfer, zu einer sozialen Neuordnung und zur Einheit Deutschlands.⁷⁾

Die Forderung nach einer „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“, eine Forderung, die in allen Programmen der West-CDU auftaucht und der alle wahrhaften deutschen Patrioten von Herzen zustimmen könnten, ist von den Vertretern des deutschen Monopolkapitals nicht ehrlich gemeint. Ihre Forderung nach der „Einigung Europas“ und dem „Ausbau des atlantischen Bündnisses“ zeigt den demagogischen Charakter dieser Parole und entlarvt sie als eine bewußte Lüge, da die geforderte Integration Gesamtdeutschlands in das westeuropäische Paktsystem eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ von vornherein ausschließt.

Es erhebt sich zudem die Frage, was die westdeutsche Regierungspartei seit 1945 zur Lösung dieser vordringlichsten nationalen Aufgabe, d. h. der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands, getan hat, da sie seither alle konstruktiven Vorschläge sowohl der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als auch alle auf die Entspannung hinzielenden Vorschläge der Sowjetunion ablehnte oder totschwie. Von seiten der Bundesregierung ist bisher nicht ein einziger Plan vorgelegt worden, der uns diesem Ziele auch nur einen Schritt nähergebracht hätte.

Gerade jetzt hatte die westdeutsche Regierung die Möglichkeit, durch ihre Zustimmung zu den Vorschlägen für den Friedensvertrag, die die Sowjetunion ihren ehemaligen Alliierten und den beiden deutschen Staaten vorlegte, ihre Bereitschaft zur Lösung der nationalen Frage zu beweisen. Die Reaktion, die das großzügige Angebot der Sowjetunion in den

führenden Kreisen der West-CDU auslöste, macht deutlich erkennbar, daß diese in keiner Weise an einer deutschen Selbstverständigung interessiert sind.

Das beweist auch in jüngster Zeit die Reaktion der Bonner Regierung auf den Fünf-Punkte-Vorschlag zur Befriedung Deutschlands, wie er auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands formuliert wurde:

1. *Beide deutsche Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Souveränität auf ihren Hoheitsgebieten zu achten. Markierung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, um nach Möglichkeit jeden Anlaß für Grenzkonflikte zu beseitigen.*
2. *Beide deutsche Staaten treten in Verhandlungen ein über ihre Stellung zum Inhalt des deutschen Friedensvertrages.*
3. *Beide deutsche Staaten verzichten auf die atomare Ausrüstung ihrer bewaffneten Kräfte wie auf die Produktion von Atomwaffen.*
4. *Beide deutsche Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO. Beide deutsche Staaten betreiben ihre Aufnahme in die UNO.*
5. *Die Vertreter der beiden deutschen Staaten beginnen mit Verhandlungen über die Gestaltung ihrer Beziehungen im Sinne einer Konföderation. Diese Verhandlungen sollen zu Vereinbarungen u. a. über folgende grundsätzliche Fragen führen:*

Vereinbarung über die Herstellung korrekter Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über alle sachlichen Fragen.

Vereinbarung über die Anerkennung der beiderseitigen Reisepässe als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs.

Vereinbarung über Verzicht auf gegenseitige Diskriminierung der Vertreter beider Staaten in anderen Staaten.

Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den zuständigen Ministerien der beiden deutschen Regierungen.

Inzwischen hat sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik offiziell an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit diesem Fünf-Punkte-Vorschlag zur Sicherung des Friedens und zur Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gewandt. Bonn aber beharrt auf seinem Standpunkt, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht existiere.

Die Ziele der Deutschlandpolitik der Sowjetunion und die nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes stimmen, wie auch die diesbezüglichen Ergebnisse des XXII. Parteitages der KPdSU bewiesen, in jeder Beziehung überein.

⁷⁾ vgl. Rolf Börner: „Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945–1961)“, Hefte aus Burscheidungen Nr. 64/65, S. 5–21

Die Freundschaft der Sowjetvölker gegenüber dem deutschen Volk geht u. a. deutlich aus der Bereitschaft der Sowjetunion zur Annahme jedes von den beiden deutschen Staaten gemeinsam erarbeiteten Vorschlages hervor, der geeignet ist, die nationale Frage in Deutschland auf friedlichem Wege zu lösen.

Die Adenauer-Partei hat sich als unfähig erwiesen, die nationale Frage friedlich zu lösen.

In der Propaganda der Adenauer-CDU spielt der Begriff der „Freiheit“ stets eine große Rolle. Sie wird als eine zentrale Forderung der Partei dargestellt und ihre Verwirklichung immer wieder betont. So heißt es auch im Kölner Manifest: „Die Christlich-Demokratische Union will die Freiheit aller Deutschen“. Bereits in seiner Rede in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946 führte Dr. Adenauer als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone zur Frage der Freiheit aus:

„Nach der dem Programm der CDU zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat. An ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze als auch ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür, sie verpflichtet jeden beim Gebrauche seiner Freiheit immer eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt.“⁸⁾

Diese wohltonenden Worte haben zweifellos in der Vergangenheit manchen christlichen Bürger Westdeutschlands veranlaßt, seine Stimme der CDU zu geben. Sehr bald aber war ersichtlich, für wen und wozu die Freiheitspropaganda der West-CDU geführt wird. Das wird deutlich in den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949, dem Wahlprogramm der CDU zu den ersten Bundestagswahlen. Die Macht des Monopolkapitals war wiederhergestellt worden, und so befürwortete in dessen Interesse die West-CDU in den Düsseldorfer Leitsätzen die „soziale Marktwirtschaft“. Sie distanzierte sich damit von den im Ahlener Programm demagogisch aufgestellten Forderungen nach der Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie. Die Düsseldorfer Leitsätze zeigen – wenn auch in verklausulierter Form –, für wen Freiheit gefordert wird, nämlich für die Unternehmer.⁹⁾

Der Freiheitsbegriff wird von der Parteiführung im Geiste der angeführten Demagogie Dr. Adenauers, „der Verantwortung für seine Mitmenschen und das ganze deutsche Volk eingedenk zu sein“, ausgenutzt, um ihr willkürliches Handeln im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals und im Gegensatz zu den von ihr selbst aufgestellten Grundsätzen

8) Schriftenreihe der Christlich-Demokratischen Union des Rheinlandes, Heft 8, Köln, o. J., S. 6

9) vgl. Rolf Börner, a. a. O., S. 39–45

zu rechtfertigen. Die demagogische Umkehrung des Freiheitsbegriffes durch die westdeutsche CDU zeigt sich besonders in ihrer Stellungnahme gegenüber den Vorhaltungen christlicher Werktätiger und anderer demokratischer Kräfte, so z. B. in bezug auf die Nichteinhaltung der Kölner Leitsätze von 1945 und besonders des Ahlener Programms von 1947.

Besonders laut wird mit dem Freiheitsbegriff in der Propaganda gegenüber den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik gearbeitet. Immer wieder wird betont, daß wahre Demokratie nur in der „freien Welt“ – mit anderen Worten: in der kapitalistischen Welt – möglich sei und daß die Lösung der nationalen Frage in Deutschland nur durch eine Wiedervereinigung „in Frieden und Freiheit“ zu erreichen sei. Gemeint ist damit der gewaltsame „Anschluß“ des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik an die Bundesrepublik.

Die ganze Propaganda der „Freiheit“ läuft darauf hinaus, daß der Bürger Westdeutschlands – und nach dem Willen der Parteiführung auch der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik – die sozialistische Gesellschaftsordnung als mit der Freiheit unvereinbar ablehnen soll. Die von der West-CDU erhobene Forderung nach Freiheit ist heute fester Bestandteil der antikommunistischen Propaganda, der dominierenden Form der bürgerlich-imperialistischen Ideologie der Gegenwart. In einem Grußwort an den „Christlich Sozialen Arbeitnehmerkongreß 1960“ äußerte Jakob Kaiser:

„Sie (gemeint ist die ‚christlich-soziale Arbeitnehmerschaft‘) hat den übersteigerten Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts bekämpft, weil er die Rechtlosigkeit der arbeitenden Schicht verursachte. Sie hat den Marxismus bekämpft, der vorgab, die Welt heilen zu können, indem er den Menschen jede Freiheit und Würde raubt.“¹⁰⁾

Die Existenz des Volkseigentums veranlaßt die Feinde des Sozialismus, immer wieder von einer Unterjochung der Persönlichkeit durch den sozialistischen Staat zu reden. Diese Unterjochung sei eine Folge der Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen des Staates, behaupten die Gegner der sozialistischen Demokratie. Das Verhältnis zwischen dem sozialistischen Staat und den Arbeitern in den staatlichen Betrieben ist aber eben kein Ausbeutungsverhältnis mehr. Gerade in der Befreiung von der Ausbeutung besteht die Garantie aller anderen persönlichen Freiheiten.

Die Feinde des Sozialismus geben vor, auch in der gesellschaftlichen Planung der sozialistischen Wirtschaft eine „Verletzung der Freiheit des Individuums“ zu erblicken. Sie behaupten dreist, daß eine zentralisierte Leitung der Wirtschaft

10) Jakob Kaiser: Grußwort an den „Christlich Sozialen Arbeitnehmerkongreß 1960“, veröffentlicht vom Vorbereitungskomitee des Christlich Sozialen Arbeitnehmerkongresses 1960, Königswinter

die „individuelle Freiheit genauso einschränke wie jeder beliebige autokratische Staat“. Das ist jedoch unwahr! In Wirklichkeit setzt die sozialistische Planung die Freiheit der Persönlichkeit voraus.

Für die „freie“ Marktwirtschaft der Kapitalisten gilt in der Tat: der „freie“ Unternehmer denkt, die Elementarkraft des Marktes aber lenkt. Ist es etwa der freie Wille eines Unternehmers, in Konkurrenzkampf ruiniert zu werden? Sind Krisen und Arbeitslosigkeit das Ergebnis freier Willensentscheidung? Nein, denn die kapitalistische Produktionsweise selbst und ihre Gesetzmäßigkeiten werfen alle persönlichen Entscheidungen über den Haufen!

Der Sozialismus befreit den Menschen nicht nur von wirtschaftlicher Ausbeutung; er befreit ihn zugleich von geistiger Unterdrückung. So wird z. B. systematisch der Gegensatz zwischen geistiger und physischer Arbeit immer mehr aufgehoben; die Kulturschätze werden zum Besitz des ganzen Volkes. Die wirkliche Freiheit des geistigen Schaffens trägt ihre Früchte in der stürmischen Weiterentwicklung z. B. der modernen Technik, Medizin, Kultur usw. Basis dieses freien Schaffens ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, in deren Mittelpunkt das Wohl des werktätigen Menschen, die Ehrfurcht vor dem Leben steht.

Auch die gegnerische Behauptung, daß es im Sozialismus keine freie Meinungsäußerung gäbe, ist eine bewußte Lüge. Kritik und Selbstkritik, als Triebkraft der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, ist eine wirksame Form der freien Meinungsäußerung.

Das Kriterium der sozialistischen Freiheit der Persönlichkeit ist also eine solche Gesellschaftsordnung, die den Menschen vom Joch der Ausbeutung befreit, ihm umfassende demokratische Rechte gewährt, ihm die Möglichkeit sichert, unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben, ihm Vertrauen in die Zukunft verleiht, seine individuellen Fähigkeiten und Talente weckt und in ihm das Bewußtsein stärkt, daß sein Schaffen der ganzen Gesellschaft zum Nutzen gereicht.

Der kapitalistische Begriff der Freiheit der Persönlichkeit dagegen beruht auf einer anarchischen Gegenüberstellung von Persönlichkeit und Gesellschaft. Der sozialistische Mensch weiß, daß es keine absolute Freiheit geben kann und die persönliche Freiheit nichts mit Disziplinosigkeit zu tun hat. Die sozialistische Disziplin ist eine bewußte und freiwillige Disziplin; denn sie entwickelt und festigt sich aus der Erkenntnis unserer Bürger, daß ihre persönlichen Interessen mit den Interessen der ganzen sozialistischen Gesellschaft untrennbar zusammenhängen.

Sehr eng mit der Propaganda der Freiheit seitens der Adenauer-CDU ist die des „Selbstbestimmungsrechts“ ver-

bunden. So fordert sie stets „das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen“. Es gibt aber kein abstraktes Selbstbestimmungsrecht an sich, sondern dieses Recht ist immer bezogen auf ganz bestimmte Lebensfragen eines Volkes, die seine Existenz betreffen. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes erstreckt sich heute auf die Probleme, die unabdingbar mit der Existenz des deutschen Volkes verbunden sind: auf die Fragen des Friedens und der demokratischen Wiedergeburt unserer Nation.

In dieser elementaren Frage des deutschen Volkes, deren Beantwortung und Lösung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker garantiert werden muß, hüllt sich die Bonner Regierung einschließlich der Parteiführung der Adenauer-CDU in Schweigen. Sie verfolgt sogar die Bürger ihres Staates, die für die Verwirklichung dieses Selbstbestimmungsrechtes eintreten. In allen entscheidenden politischen Fragen, angefangen von der separaten Währungsreform über die Bildung des Parlamentarischen Rates und der Bundesrepublik, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bis hin zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, wurde die Mitbestimmung der westdeutschen Bevölkerung bewußt ausgeschaltet. Das erkannten und erkennen nicht nur weite Teile der Arbeiterklasse Westdeutschlands, sondern auch große Teile des Bürgertums.

Demokratie und nationale Selbstbestimmung bilden eine Einheit. Demokratische Verhältnisse kann es nur dort geben, wo durch die Ausschaltung der Monopolisten und Militaristen die Volkssouveränität verwirklicht wurde; denn nationale Selbstbestimmung und Herrschaft der Monopolisten und Militaristen schließen einander aus. Die These der Bonner Regierung, Gralshüter der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation zu sein, erweist sich damit als glatte Lüge. Unter den klerikal-militaristisch-diktatorischen Verhältnissen in Westdeutschland, die den Massen der Werktätigen eine Mitwirkung an der staatlichen Leitungstätigkeit versagen, unter den Bedingungen der Aufrüstung und Kriegspolitik ist die Selbstbestimmung des Volkes ausgeschlossen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nation ist unvereinbar mit Revanchismus und Eroberung; denn ein Volk, das andere Völker unterdrückt oder zu unterdrücken beabsichtigt, kann selbst nicht frei sein. Selbstbestimmung im Munde der Imperialisten ist gleichbedeutend mit Revanche, Krieg und Annexion. Freiheit der imperialistischen Expansion ist der Sinn des Selbstbestimmungsrechts, wie ihn die Monopolherren und Junker verstehen. Diese Politik reicht von Wilhelm II., der sich einen „Platz an der Sonne“ erobern wollte, über Hitlers und Goebbels' Geschrei vom „Lebensraum“ bis zur Adenauer-Straußschen Integration Europas.

Mit einer solchen Politik aber kann ein echter Deutscher und ein wahrer Christ nicht einverstanden sein, weil sie gegen die Interessen der Nation gerichtet ist.

In einem Beschluß über „Die Lage in der Bundesrepublik und der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Wohlstand“ vom Februar 1960 stellt die KPD fest:

„Die christlichen Werktätigen haben mit ihren Forderungen und ihrem Auftreten wiederholt bewiesen, daß sie sich gegen die Willkür der Monopole wenden und mit den übrigen Arbeitern in den sozialen und demokratischen Kämpfen verbunden sind.

Die christlichen Arbeiter stehen ihren sozialdemokratischen und ihren kommunistischen Kollegen in den Betrieben tausendmal näher als den Monopolgehaltigen in der Führung der CDU, die eine Politik der sozialen Abrüstung und der militärischen Aufrüstung betreiben.“

Naturgemäß treten die Widersprüche zwischen den christlichen Arbeitern und der CDU-Führung in besonderem Maße in den sozialen Fragen auf. Die Steuerpolitik zugunsten der Monopole, steigende Preise und Mieten, steigende Unfälle und wachsende Frühinvalidität treffen den christlichen Arbeiter ebenso wie seinen atheistischen Klassengenossen. Deshalb finden wir ihn häufig, auch gegen den „wirtschaftsfriedlichen“ Willen der leitenden Funktionäre im CGB, an der Seite dieser seiner Klassengenossen. Objektiv haben die christlichen Arbeiter und Angestellten die gleichen Interessen wie alle ihre anderen Klassenbrüder. Folglich stimmen ihre Forderungen objektiv mit den grundlegenden politischen, sozialen und ökonomischen Forderungen der ganzen Arbeiterklasse in Westdeutschland nach Frieden, Befreiung von der Atomkriegsgefahr und den Forderungen nach sozialer Sicherheit überein.

Deshalb wird aus den Reihen der christlichen Gewerkschaftler immer wieder die Forderung nach der Aktionseinheit in der Arbeiterklasse laut. Dieses berechnete Verlangen wird aber erst Wirklichkeit werden, wenn alle christlichen Gewerkschaftler noch energischer um seine Verwirklichung kämpfen. Das setzt voraus, daß die christlichen Gewerkschaftler die sozial-demagogische Politik der Adenauer-CDU und die raffinierte Ausnutzung ihres christlichen Glaubens durch die Adenauer-CDU erkennen und sich in ihrer Entscheidungsfreiheit in gewerkschaftlichen und politischen Fragen nicht beeinträchtigen lassen. Im Rahmen der psychologischen Kriegsführung mißbrauchen die Monopolkapitalisten den christlichen Glauben und versuchen, die Menschen für ihre zutiefst unchristlichen und undemokratischen Ziele zu gewinnen.

Auf dem V. Weltgewerkschaftskongreß in Moskau im Dezember 1961 rief der Ministerpräsident der UdSSR, N. S. Chruschtschow, den 1000 Gewerkschaftsdelegierten zu:

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Kampf für den Frieden und für die Verhütung eines mit Kernwaffen geführten Krieges die Frage aller Fragen. Die aggressiven Kreise der imperialistischen Mächte betreiben eine Politik der Verschärfung des Wettrüstens, schüren alte und schaffen neue Herde der Kriegsgefahr, verstärken den kalten Krieg, und die eifrigsten von ihnen fordern offen zum heißen Krieg auf. Heute ist es wichtiger denn je zuvor, alle Kräfte für den Kampf gegen die Kriegsgefahr aufzubieten.

Eine besondere Verantwortung für den Schutz des Friedens hat die Geschichte der internationalen Arbeiterklasse auferlegt. Jeder Funktionär der Arbeiterbewegung, jeder Arbeiter muß sich in den gegenwärtigen Verhältnissen die Frage stellen: Ist alles getan worden, um die friedliebenden Kräfte der Werktätigen zum Kampf für die Verhütung des Krieges zu mobilisieren und zusammenzuschließen? ...

Der Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen ist unlösbar mit dem Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges, gegen das Wettrüsten verbunden.“

(Zitiert in „Tribüne“ Nr. 288 vom 12. 12. 1961, S. 3)

Die christlichen Arbeiter in Westdeutschland sind ein Teil der deutschen Arbeiterklasse. Immer größer wird der Kreis von christlichen Werktätigen, die sich dieser Tatsache und der damit verbundenen hohen Mitverantwortung für das Schicksal der ganzen Nation bewußt werden.

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Descyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- *49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- *51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- *52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- *55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 69 Johannes Zukertort: Das moralische Schuldkonto des deutschen Generalstabes in der Zeit des Faschismus
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit
- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilieferung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM